Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 58 (1978)
Heft: 11

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ORDNUNGSPOLITISCHE GRAUZONEN

Der bayrische Kultusminister und Politikwissenschafter Hans Maier hat kürzlich in einem Aufsatz zum Thema «Sozialer Rechtsstaat – ein Widerspruch?» die bemerkenswerte Feststellung gemacht, dass das Freiheitsstreben des modernen Menschen heute «nicht mehr in Richtung einer Entstaatlichung, sondern im Gegenteil einer Belastung des Staates» gehe. Der Satz ist um so bedenkenswerter, weil er nicht etwa von einem neomarxistischen Gesellschaftswissenschafter, sondern von einem Manne stammt, der als politischer Denker dem liberalen Konservatismus zuzuordnen ist und als praktischer Politiker einer Regierung angehört, die im herkömmlichen Parteienspektrum deutlich rechts von der Mitte lokalisiert wird.

Hinter der Bemerkung steht die vielfältig erhärtete Erfahrung, dass der Mensch der heutigen Industriegesellschaft sehr viel selbstverständlicher und sehr viel rascher nach dem Staat ruft als seine Vorfahren, und zwar auch dann, wenn er sich zu den Liberalen zählt. Dieser Sachverhalt erklärt die auf den ersten Blick doch eher befremdliche Tatsache, dass sozialdemokratische Programmatiker durchaus das Postulat nach vermehrter Umverteilung über den Staat mit dem Anspruch auf Vollendung der demokratischen Freiheiten zu vereinen vermögen, ohne auf allzu grossen öffentlichen Widerspruch zu stossen – so wie es Liberale ohne Mühe fertig bringen, die Anforderungen an den Dienstleistungsstaat durch punktuelle Anliegen stetig zu steigern und trotzdem der Stärkung der Eigenverantwortung das Wort zu reden.

Es ist mit andern Worten eine ordnungspolitische «Grauzone» entstanden, die es dem parteipolitisch nicht so bewanderten Bürger – und nicht nur ihm! – manchmal schwer macht, die Grenzlinie zwischen «Links» und «Rechts» klar zu ziehen. Diese «Grauzone» ist einerseits bedingt durch die aus liberaler Sicht ordnungspolitisch untermauerte Tatsache, dass die Industriegesellschaft unserer Tage aus objektiven Gründen grundsätzlich «mehr Staat» im Sinne von Dienstleistungen und infrastrukturellen Einrichtungen braucht, als es im 19. Jahrhundert nötig erschien. Die frühere Alternative «Staatlicher Dirigismus oder private Initiative» wird dadurch stark relativiert und weitgehend auf die Frage nach dem «rechten Mass» staatlicher Tätigkeit reduziert. Damit aber ergibt sich ein weites Feld des Ermessens mit entsprechender Verwischung der Leitvorstellungen für politisches Gestalten.

Diese ordnungspolitische «Grauzone» wird übrigens offensichtlich durch soziologische Entwicklungstendenzen untermauert. Es hat sich in den letzten Jahrzehnten das herausgebildet, was Helmut Schelsky als «nivellierte Mittelstandsgesellschaft» definiert hat. Die sogenannte «soziale Grundschicht» – ungelernte, ange-

lernte und gelernte Arbeiter und Heimarbeiter – hat sich in der schweizerischen Bevölkerung seit 1930 von 56,6 auf 34,4 Prozent der Berufstätigen zurückgebildet. Im gleichen Zeitraum stieg dafür der Anteil der Angestellten von 16,2 auf 39,7 Prozent.

Gleichzeitig nahm aber auch die Zahl der Selbständigerwerbenden ab, was wesentlich mit dem Rückgang der bäuerlichen Bevölkerung, aber auch mit dem Strukturwandel in Gewerbe und Detailhandel zusammenhängt. Das Verhältnis von Arbeitnehmern und Selbständigen hat sich seit Beginn unseres Jahrhunderts in der Schweiz wie folgt entwickelt: 1900 waren es 37,6 Prozent Selbständige und 62,4 Prozent Arbeitnehmer, wobei unter den letzteren erst noch 12,3 Prozent mitarbeitende Familienglieder enthalten waren. Bis 1930 war der Anteil der Selbständigen auf 25,5, also um 12,1 Prozent gesunken. Bis 1950 nahmen die Selbständigen um weitere 3 Prozent ab, um dann bis 1970 ganz massiv, nämlich von 22,5 auf 13,8 Prozent zusammenzuschrumpfen. Das entspricht übrigens ziemlich genau dem Mittel der europäischen Industriestaaten.

Mit in dieses Bild gehört die Tatsache, dass gleichzeitig der Anteil der Staatsangestellten unter den Arbeitnehmern stark angestiegen ist und heute etwa 15 Prozent beträgt. Dazu kommt, dass der Anteil der Berufstätigen in «nichterwerbsorientierten» Institutionen und Anstalten nunmehr insgesamt gegen 25 Prozent ausmachen dürfte. Im europäischen Mittel gehören ferner 7 Prozent der Stimmberechtigten als Lehrende und Lernende zum Schul- und Bildungssystem.

Wenn angesichts dieser massiven Strukturverlagerungen zum Beispiel weit über 85 Prozent der schweizerischen Berufstätigen von kollektiven Vorsorgeeinrichtungen betreut werden, so hat dies mehr als nur statistische Bedeutung. Ganz abgesehen davon, dass die Arbeitnehmer auf diese Weise als Kollektiv eine rasch wachsende, allerdings noch weitgehend unbewusste Rolle als indirekte Kapitalgeber spielen – in den USA stammen inzwischen bereits 35 Prozent des in der Privatwirtschaft engagierten Kapitals aus Personalvorsorgeeinrichtungen –, entfällt heute für den Grossteil der Bevölkerung die Notwendigkeit zur individuellen Initiative der persönlichen Sicherung weitgehend. Und dies führt zusammen mit weiteren Verhaltensmerkmalen der «nivellierten Mittelstandsgesellschaft» ohne Zweifel zu einem unmerklichen Wandel der politischen Optik, wie er sich nun eben zum Beispiel im eingangs erwähnten Verhältnis zum Staat niederschlägt.

Die politische Antwort auf diese veränderten Strukturen kann nur darin bestehen, sich noch verstärkt um klarere ordnungspolitische Konturen zu bemühen. Denn die soziologische Nivellierung ändert nichts an der Grundwahrheit, dass die freiheitliche Gesellschaft neben den staatlichen Rahmenbedingungen nach wie vor – und vielleicht mehr denn je – der Freiräume zur Entfaltung der Eigenverantwortung und damit zur *aktiven* freiheitlichen Lebensgestaltung bedarf. Wir haben mit der «Grauzone» zu leben; doch steht nirgends geschrieben, dass wir in ihr versinken müssen.

Richard Reich

EINE PROTEKTIONISTISCHE HAND WÄSCHT DIE ANDERE

Es ist verständlich, dass in Zeiten der Rezession, des intensivierten Kampfes um Märkte, der unablässigen Konfrontation mit hektischen Bewegungen an der Wechselkursfront, das Verlangen der Wirtschaft zunimmt, aus dieser Turbulenz auszubrechen oder zumindest Schutz hinter protektionistischen Mauern zu suchen, die die Windstösse abfangen. Unter solchen Voraussetzungen nimmt die Forderung auf Einführung protektionistischer Massnahmen zu. In den vergangenen Wochen war dies auch in der Schweiz zu beobachten. In den Chor dieser Stimmen mischten sich auch nicht wenige, die sonst voller Inbrunst das Loblied der Marktwirtschaft anstimmen. Die Weltwirtschaft ist denn auch in den vergangenen Jahren auf diesem Weg schon ein beträchtliches Stück vorangeschritten. Die Gefahr, dass der Welthandel in einem «System» grosser, kleinerer und kleinster national eingefärbter Schutzmassnahmen zu erstarren droht, ist deshalb nicht von der Hand zu weisen.

Weshalb sind protektionistische Massnahmen, die übrigens nicht nur in den zwischenstaatlichen Beziehungen vorkommen, vom ordnungspolitischen Teufel? Sicherlich nicht deshalb, weil es unter allen Umständen gälte, ein Prinzip, nämlich dasjenige der Marktwirtschaft, das sich bekanntlich mit dem Protektionismus nicht verträgt, aufrechtzuerhalten. Prinzipien sind weder in der Ordnungspolitik noch in der Wirtschaftspolitik Selbstzweck, sondern immer nur *Mittel zum Zweck*. Im Falle der Marktwirtschaft sind sie Mittel zum Zweck einer möglichst optimalen und verbrauchsbezogenen Befriedigung der Bedürfnisse, oder, anders ausgedrückt, Mittel zum Zweck der Sicherstellung einer möglichst hohen wirtschaftlichen Leistung im Rahmen einer bestimmten gesamtwirtschaftlichen Konstellation.

Die protektionistische Behinderung des Marktmechanismus in seiner Rolle, die unternehmerischen Entscheide auf dieses Optimum hin zu koordinieren (Koordinationsordnung), muss deshalb fast immer mit *Wohlstandseinbussen* erkauft werden. Das Ergebnis des Wirtschaftens ist kleiner, als es unter sonst gleichen Verhältnissen ohne Protektionismus sein könnte. Eine protektionistisch verursachte Schrumpfung des Aussenhandels schlägt sich in einer Dämpfung der binnenwirtschaftlichen Aktivitäten jener Länder nieder, die von dieser Schrumpfung betroffen werden. Der Schutz der Landwirtschaft, der aus übergeordneten Gründen im Prinzip akzeptiert ist, schlägt sich darin nieder, dass mehr Produktionsfaktoren in diesen Sektor geleitet werden müssen als notwendig wäre, wenn die protektionistisch geschützten Agrargüter aus jenen Ländern bezogen würden, die bessere Produktionsverhältnisse aufweisen. Protektionismus verursacht Wohlstandseinbussen.

Ein weiteres kommt dazu. Protektionismus bedeutet immer auch Schutz spezifischer Interessen auf Kosten der Allgemeinheit. Und wer einen solchen Schutz für sich erwirken kann, wird stets darnach trachten, ihn nicht

mehr zu verlieren, auch dann nicht, wenn er seine sachliche Rechtfertigung längst verloren hat. Er wird vielmehr im Blick auf die Erhaltung seiner Privilegien bei der parlamentarischen Ausmarchung solcher Massnahmen rasch bereit sein, andern Gruppen ebenfalls solche Privilegien zuzugestehen, wenn diese wiederum bereit sind, die eigenen Interessen als schutzwürdig zu deklarieren. Im Protektionismus liegt, mit andern Worten, ein Mechnismus der Eskalation. Es gibt ein immer grösser werdendes Meinungskartell, eine Koalition von Protektionisten, die für ihn einsteht. Oder, etwas robuster ausgedrückt: eine protektionistische Hand wäscht die andere. Das System hat die Neigung, in eine *Privilegiengesellschaft* zu zerfallen, aus der deshalb kaum mehr herauszukommen ist, weil die Interessenverfilzung einen immer grösseren Kreis von Interessierten an sich kettet. Die Filzokratie wird perfekt.

Aus diesen Gründen ist im Umgang mit dem Protektionismus höchste Vorsicht geboten. Es ist fragwürdig, ihn mit leichter Hand zu begünstigen. Die Liberale Weltunion hat an ihrer kürzlich in Zürich durchgeführten Jahrestagung einen eindringlichen Aufruf erlassen, dem Krebsübel des Protektionismus mit allen Mitteln zu begegnen. Er wäre eigentlich unterstützungswürdig.

Willy Linder

EIN SCHRITT VORWÄRTS IM NAHEN OSTEN

Die Vereinbarungen von Camp David haben die im Nahostkonflikt direkt oder indirekt engagierten Staaten gezwungen, ihre Karten auf den Tisch zu legen. Das jahrelange Versteckspiel und Finassieren ist zumindest für den Augenblick zurückgedrängt vor dem Zwang, *Farbe zu bekennen*. Das gilt sowohl für die Supermächte wie für die unmittelbar betroffenen Länder der näheren und weiteren Region.

Für die *Vereinigten Staaten* ist die Situation klar. Sie haben unter persönlichem Einsatz ihres Präsidenten *Carter* die Abmachungen zwischen Ägypten und Israel herbeigeführt und dabei keine Mühe gescheut, um die Widerstrebenden auf dieses Arrangement zu verpflichten. Die USA sind damit automatisch zu einer *Garantiemacht* im Mittleren Osten geworden. Auf ihrem Ansehen und ihrem politischen Kurs beruht das neue Verhältnis im Nahen Osten. Ohne sie, ohne den massiven Druck und die wohl ebenso weitgehenden Verpflichtungen der Washingtoner Administration hätten Präsident *Sadat* und Ministerpräsident *Begin* kaum ihre Hand zu dem Frieden gereicht, den das Rahmenabkommen und die speziellen israelisch-ägyptischen Vereinbarungen vorsehen. Die Vereinigten Staaten sind damit zu einer Präsenz in jener Region gezwungen, die seit dem Zusammenbruch der britischen Hegemonie nicht mehr zur Ruhe gekommen ist (nachdem sich der jüdisch-arabische Konflikt schon lange vorher angekündigt gehabt hatte).

Aber auch für *Moskau* bedeutete Camp David die Stunde der Wahrheit.

Das Hauptinteresse der Sowjetunion ist seit Aufbrechen des Nahostkonfliktes nach dem Zweiten Weltkrieg konstant geblieben. Der Kreml wünscht den Topf am Sieden zu erhalten: solange der Orient Unruheregion bleibt, ist es der UdSSR möglich, ohne allzu grosse direkte Verpflichtungen ihr Gewicht zur Geltung zu bringen. Deshalb verschanzt sich Breschnew hinter die Forderung nach einer im Moment irrealen *globalen Lösung* auf der Ebene der Genfer Konferenz, durch welche Moskau automatisch wieder in das Geschehen im östlichen Mittelmeer eingeschaltet würde, nachdem es in den letzten Jahren hier mehr und mehr zurückgedrängt worden ist.

Den zwei *direkten Kontrahenten* von Camp David bringen die Abmachungen neben dem Frieden, den sie beide gleicherweise nötig brauchen, auch eine Reihe von Hypotheken. Sadat setzte sich der Isolierung innerhalb der arabischen Welt aus; Begin musste über seinen eigenen Schatten springen und die jüdischen Siedlungen im Sinai auflösen. Erscheint so sowohl in Israel wie in Ägypten der etappenweise zu vollziehende Friede noch immer als ein recht labiler, so sind die beiden andern auf arabischer Seite unmittelbar beteiligten Staaten, Jordanien und Syrien, in eine *Zwangslage* geraten. König *Hussein* laviert sich wie üblich vorsichtig durch, mit Fragen an die Adresse der USA, in welchen er auf die zahlreichen in Camp David offengelassenen oder übergegangenen zentralen Fragen der jüdisch-arabischen Konfrontation Antwort verlangt. Syriens Präsident *Asad* hat sich bei einem Besuch in Moskau der Rückendeckung des Kremls versichert und gleichzeitig durch Wiederanheizen des Bürgerkriegs in Libanon die israelische Nordflanke unter Druck gesetzt. Weit hinter der Front rufen die «Ablehnungsstaaten» vom Irak bis Libyen und Algerien zu härtestem Widerstand gegen Israel und auch gegen Sadat auf, wobei die Akzente recht unterschiedlich gesetzt werden. Auch die *Brüchigkeit* der arabischen «Einheitsfront» hat Camp David wieder einmal blossgelegt.

Angesichts dieser Folgewirkungen ist die weitverbreitete Skepsis gegenüber den ägyptisch-israelischen Vereinbarungen verständlich. Niemand weiss, ob es tatsächlich zur Unterzeichnung des anvisierten Friedens kommen wird, niemand weiss, ob dieser sich, falls mit Unterschrift und Siegel versehen, auch halten und bewähren wird. Rauhe Winde könnten das zarte Pflänzlein bald wieder verkümmern lassen. Aber gleichgültig, wie es weitergeht, ein entscheidender Schritt ist doch getan worden. *Sadats Initiative* vom November 1977 hat tatsächlich eine neue Entwicklung im Nahen Osten eingeleitet. Billigerweise kann nicht erwartet werden, dass nach dreissig Jahren der Konfrontation und vier bewaffneten Auseinandersetzungen der Friede gleichsam über Nacht kommen werde. Es wird wahrscheinlich Verzögerungen und Rückschläge geben. Aber ein erster Vorstoss in Richtung eines Friedens ist gelungen, und die Hoffnung bleibt, dass nach dem grossen Schritt voran eine völlige Umkehr unmöglich sein wird, selbst wenn die nächsten paar Schritte, was fast zu befürchten ist, wieder nach rückwärts führen könnten.

Alfred Cattani